

# Unabhängig auferstanden aus Ruinen?

Syrische Kurden werben auch in Hildesheim für ihr sozialistisches Gesellschaftsmodell von „Rojava“

VON TAREK ABU AJAMIEH

**HILDESHEIM.** Kobane – diese Stadt bestimmte über Monate die Schlagzeilen, wenn es um den Kampf gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) ging. Seit Januar ist sie zwar einerseits befreit, andererseits aber fast völlig zerstört. Jetzt laden Kurdenverbände unter dem Titel „Kobane – und jetzt?“ zu einer Info-Veranstaltung in die Hildesheimer Volkshochschule ein. Der Termin ist ein Beispiel für das Bemühen der Kurden, in Europa für ihre Anliegen zu werben – und den Rückenwind, den die Sympathie des Westens für den Kampf

um Kobane ihnen eingebracht hat, politisch zu nutzen. So wird auch Hildesheim zur Bühne eines Ringens um Unabhängigkeit, das seit Jahrhunderten andauert.

Dabei hatten in den vergangenen Jahrzehnten vor allem die Kurden in der Türkei und

in Irak die Aufmerksamkeit des Westens erregt. Erstere, weil sie durch die Kämpfer der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) einen blutigen Konflikt mit der türkischen Armee ausfochten und durch die zahlreichen Einwanderer auch hier viele Sympathi-

santen hatten und haben. Letztere, weil sie zu den Verbündeten der USA in den Kriegen gegen den Diktator Saddam Hussein zählten und seither eine autonome Region im Norden des zersplitterten Landes selbst regieren.

Seit dem vergangenen Jahr treten verstärkt die syrischen Kurden auf, vielfach zusammen mit Landsleuten aus der Türkei. Dabei wird die enge Zusammenarbeit der PKK mit der syrischen Kurdenpartei PYD immer wieder sichtbar.

Wer den „Kurdischen Treffpunkt“ im Bahnhofsviertel besucht, sieht

Dem die Arbeiterpartei ist in Deutschland hervorragend organisiert, ihr kleiner syrischer Partner noch im Aufbau.

Allerdings verspürt er Rückenwind. Dass die Welt im vergangenen Sommer auf den drohenden Völkermord an der Religionsgruppe der Jesiden im Nordirak aufmerksam wurde, lag nicht zuletzt an hier lebenden Kurden, die Hildesheimer Gruppen waren mit Demonstrationen und Mahnwachen sehr aktiv und zählten zu den ersten in Deutschland. Wenige Tage später dominierte das Schicksal der Jesiden die Weltnachrichten. Ähnlich lief es wenige Wochen später beim Angriff des IS auf Kobane. Der mediale Erfolg der Kurden zeigte sich schon im Namen der Stadt: Zu Beginn der Belagerung benutzten westliche Medien noch den syrischen Namen Ain al-Arab, bald darauf nur noch die kurdische Bezeichnung Kobane.

Seither gab es immer wieder Veranstaltungen des kurdischen Vereins in Hildesheim, vor allem Politiker der Linkspartei kamen zu Besuch. Das lässt sich derzeit bundesweit beobachten: Wo immer Vertreter der nordsyrischen Kurden auftauchen, sind es vor allem linke Politiker, die ihnen ein Forum bieten.

Was logisch ist. Die PYD als führende Kraft im kurdischen Nordsyrien ist eine sozialistische Partei. Sie wirbt für ihr Konzept eines neuen Syrien als Vorbild für den ganzen Nahen Osten und entwirft ein linkes Ideal: Rojava. So nennen die Kurden die Region an der syrisch-türkischen Grenze. Dort soll „ein freies, demokratisches, ökologisches und geschlechtergerechtes Leben“ herrschen.

Besonders betonen die syrischen Kurden dabei, dass alle wichtigen Positionen von einem Mann und einer Frau zusammen besetzt werden und dass in der kurdischen Selbstverwaltung eine Frauenquote von 40 Prozent herrscht. Ebenso, dass alle Religions- und Volksgruppen gleichberechtigt seien. Aspekte also, die im Nahen Osten sonst kaum bis gar nicht zu finden seien. Ein Modell, das Idealisten anlockt und sie manchmal das Leben kostet: Schlagzeilen machte vor einigen Wochen der Tod der 19-jährigen Duisburger Kommunistin Ivana Hoffmann – sie fiel in Nordsyrien im Kampf gegen den IS.

Gleichzeitig stehen die Verantwortlichen vor enormen Problemen. Zum einen genießt das Gesellschaftsmodell der PYD und ihrer Partner vor Ort inzwischen hohe Akzeptanz, entspricht aber längst nicht dem Weltbild aller ihrer Landsleute. Ein Beispiel: Auch die beiden Männer, die an Neujahr 2012 wegen eines Streits um eine Frau in Sarstedt einen Verwandten erschossen, waren syrische Kurden.

Zweitens tut die Türkei alles, um die Autonomie-Bestrebungen zu bremsen – sie fürchtet, die Kurden im eigenen

Land könnten sich die zum Vorbild nehmen. Und auch die irakischen Kurden sind zwiespältig: Ihr Präsident Masud Barzani will für alle Kurden sprechen, der Sozialismus nebenan ist dem Konservativen suspekt. So kam es, dass er einerseits seine Peschmerga-Truppen zum Helfen nach Kobane schickte, es andererseits aber auch zu Scharmützeln zwischen Barzani-treuen Milizen und PYD-Kämpfern gibt. Besonders wird dieser Streit in der irakischen Region Sindschar sichtbar, wo vor allem Jesiden wohnen: PKK und PYD werfen den Peschmerga vor, sie hätten die Volksgruppe schutzlos den IS-Terroristen ausgeliefert. Tatsächlich sollen es im vergangenen Sommer vor allem syrische und türkische Kurden gewesen sein, die Korridore zur Rettung der eingekesselten Jesiden freikämpften. Doch nun wirft Barzani PKK und PYD vor, im Kampf gegen den IS in Sindschar eher zu stören und Unruhe in der Bevölkerung zu stiften.

Jenseits dieser im Fokus stehenden Regionen leben kurdische Minderheiten zudem im Iran und im Libanon, 800 000 Angehörige der Volksgruppe sollen zudem in Deutschland leben. Sie bilden die größte Auslandsgemeinde. Gibt es also „die Kurden“ überhaupt? Schon, findet Politik-Professor und Nahost-Experte Thomas Demmelhuber von der Universität Hildesheim: „Eine Nation hat immer mehrere Quellen, auf die sie sich berufen kann, wie Sprache, Kultur, Religion, aber auch eine gemeinsame Geschichte.“

Hier sind die Kurden mehrfach, vor allem nach dem Ersten Weltkrieg, um ihr Ziel eines eigenen Staates gebracht worden. Sie wurden quasi in den einzelnen Staaten aufgeteilt. „Dementsprechend gebe es nun unterschiedliche Organisationen, die sich im Wettbewerb zueinander befänden.“ Trotzdem, geschichtliche Erfahrung ist bei den Kurden eine immer noch starke vereinende Kraft.

Das Ideal von Rojava betrachtet der Wissenschaftler zurückhaltend: „Kriegszeiten sind stets Propagandazeiten. Solche Narrative sind – egal welcher politischer Couleur – immer mit Vorsicht zu genießen.“

Was nichts daran ändert, dass die kurdischen Gebiete im inzwischen weitgehend zerstörten Syrien die bei weitem stabilsten sind, in denen nicht ständig rivalisierende Rebellengruppen auf Kosten der Zivilbevölkerung marodieren. Staatliche Strukturen gibt es in Rojava noch am ehesten. Um das zu erhalten und auszubauen, werben politische Vertreter dieser Region in Europa immer wieder um Unterstützung; dabei geht es um militärische, vor allem aber auch um humanitäre Hilfe für den Wiederaufbau von Krankenhäusern, Schulen, Wasserversorgung und Wohnhäusern.

Das sind heute ab 16 Uhr auch die Themen im Riedelsaal der Volkshochschule. Zu Gast sind neben Michael Knapp, einem Mitglied der Kampagne „Talort Kurdistan“, auch Vertreter der syrischen Kurdenpartei PYD sowie eines kurdischen Studentenverbandes.



Kinder in den Trümmern von Kobane: Die syrischen Kurden ringen nicht nur in ihrer Heimat um ihre Zukunft, sondern auch in Europa – mit Veranstaltungen wie heute in der Volkshochschule.  
Foto: Antonio Pampalleggia/dpa

zuerst ein Poster des inhaftierten PKK-Chefs Abdullah Öcalan. Sprechen hiesige Kurden mit der Presse über die Lage in Syrien, sitzt meist auch ein junger, eloquenter PKK-Parteigänger am Tisch und sorgt für griffige Formulierungen.